



Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 8693/J-NR/2016

Die Abgeordnete zum Nationalrat Petra Steger und weitere Abgeordnete haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Beschäftigung von Jugendlichen im BMJ“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1 bis 3:

Zum Stichtag 17. März 2016 sind in der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz insgesamt 43 Personen unter 30 Jahre in einem Ausbildungsverhältnis oder einem privatrechtlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis beschäftigt. Der prozentuelle Anteil von Beschäftigten unter 30 Jahre verglichen mit der Gesamtbeschäftigung in meinem Ministerium beträgt 13,83 %.

Zu 4 und 6:

Der gefragte Personenkreis wird – entsprechend den Fähigkeiten und dem Bedarf – grundsätzlich im gesamten Bereich des Bundesministeriums eingesetzt.

Zu 5:

Im Jahr 2015 wurden im Justizministerium insgesamt 11 Personen unter 30 Jahre neu beschäftigt.

Auf Grund einer Reorganisation der Strafvollzugsverwaltung sind seit 1. Juli 2015 weitere vier Personen unter 30 Jahren in der Zentralstelle neu beschäftigt.

Zu 7 bis 9:

Im Justizministerium wurde im Jahr 2015 kein Beschäftigter unter 30 Jahren gekündigt bzw. entlassen.

Zu 10 bis 17:

Das Bundesministerium für Justiz ermöglicht eine Ausbildung in den Lehrberufen Verwaltungsassistent/In sowie Informationstechnologie – Technik. Die Lehrausbildung in den

beiden Lehrberufen wird grundsätzlich bundesweit an allen Dienststellen des Justizressorts eröffnet, wobei jedoch an wenigen klein dimensionierten Bezirksgerichten und (bis zum Jahr 2015) in der Zentralstelle selbst mangels entsprechender Ressourcen eine Ausbildung nicht im vollen Umfang des in den Ausbildungsverordnungen vorgegebenen Berufsbildes angeboten werden kann.

Zum Stichtag 17. März 2016 absolvieren im Justizressort insgesamt 400 Verwaltungsassistent/Innen und 18 IT-Lehrlinge eine Ausbildung.

Im Jahr 2015 haben 165 Jugendliche eine Lehrausbildung im Justizressort begonnen und wurden sechs Lehrverhältnisse dienstnehmerseitig beendet. Die Gründe für den Lehrabbruch durch den Auszubildenden sind mangels gesetzlicher Verpflichtung nicht dokumentiert.

In der Zentralstelle sind im Jahr 2015 insgesamt 15 Initiativbewerbungen für Lehrstellen eingelangt. Eine ressortweite Erhebung der Anzahl der Bewerbungen wäre mit einem unvertretbar hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

Zu 18:

Das Bundesministerium für Justiz ist auch weiterhin bestrebt, möglichst vielen Jugendlichen eine Beschäftigung zu ermöglichen.

In der Justiz wurden daher im Jahr 2015 zusätzlich 37 Ausbildungsplätze für Lehrlinge zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der Ausbildungsplätze für Verwaltungspraktikant/Innen wurde im Jahr 2015 auf insgesamt 216 erhöht.

Seit 1. März 2016 wird auch in der Zentralstelle ein Lehrling als Verwaltungsassistent ausgebildet.

Zu 19 bis 21:

Auf Grund der positiven Erfahrungen seit dem Jahr 1998 in der Ausbildung im Lehrberuf Verwaltungsassistent/In wird nach einem Pilotprojekt in Oberösterreich seit dem Jahr 2014 im Justizressort bundesweit auch die Ausbildung im weiteren Lehrberuf Informationstechnologie – Technik angeboten.

Besonders erwähnenswert ist das Engagement der Justiz im Bereich der Integrativen Berufsausbildung. Hier konnte Jugendlichen mit Handicap – bei verlängerter Lehrzeit – erfolgreich eine fundierte Berufsausbildung ermöglicht werden.

Über die Lehrausbildung hinaus wird den Jugendlichen durch das Justizressort ein Startvorteil durch aktive Förderung der Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung (Ausbildungsmodell „Lehre und Matura“) ermöglicht.

Das Bundesministerium für Justiz legt großen Wert auf gute Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter/innen im Justizressort. So werden auch nach der Ausbildung zahlreiche interne Schulungen angeboten, die teilweise in den justizeigenen Schulungs- und Justizbildungszentren abgehalten werden. Daneben steht den Bediensteten aber auch die Teilnahme am umfangreichen Seminarprogramm der Verwaltungsakademie des Bundes offen, das auch spezielle an Lehrlinge gerichtete Seminare vorsieht.

Wien, 17. Mai 2016

Dr. Wolfgang Brandstetter

